## HITLER-STALIN-PAKT: GAULAND KÄUT SED-GESCHICHTSDOGMA WIEDER

Von Leserbeitrag - 20/06/2021



Anzeige

Rund 50 Personen, überwiegend
Oppositionelle während der SEDDiktatur und deren Unterstützer,
kritisieren in einer gemeinsamen
Erklärung die Rede des AfDFraktionschefs und Historikers Dr.
Alexander Gauland zum 80.
Jahrestag des Überfalls auf die
Sowjetunion, die er am 9. Juni
2021 im Bundestag gehalten hat.
Vor allem dessen Einschätzung
der Rolle Stalins und der
suggerierten Mitschuld der

Republik Polen am Zweiten Weltkrieg stößt auf Widerspruch.

## Die Erklärung im Wortlaut:

Das Wesentliche am Hitler-Stalin-Pakt ist nicht die Beistandsversicherung und das Postulat, sich nicht gegenseitig zu bekriegen, sondern das geheim gehaltene Zusatzprotokoll, in dem die Aufteilung souveräner Länder unter die jeweilige künftige Herrschaftssphäre beider totalitärer Diktaturen verabredet wurde.

Leider weiß das in der Bundesrepublik nicht (mehr) jedes Schulkind. Das liegt auch daran, dass der 23. August 1939 noch nicht im kulturellen Gedächtnis angekommen ist, obwohl er seit 2008 europäischer Gedenktag ist (Black-Ribbon-Day). Dabei war der von Ribbentrop und Molotow unterzeichnete Pakt zwischen einem kommunistischen und einem nationalsozialistischen Herrscher die Voraussetzung für den Beginn des 2. Weltkriegs.

Symbolhaft ist der Beginn der folgenden massiven Menschenvernichtung in der Anfangsszene von "Katyn" (Regisseur Andrzej Wajda) veranschaulicht.

Auf sofort einsetzende Zwangsaussiedlungen, Vertreibungen und Deportationen folgte die mörderische Auslöschung eines erheblichen Teils der osteuropäischen Bevölkerung in den "Bloodlands" (Timothy David Snyder), die vor allem Juden betraf.

In der DDR wurde dieser Pakt zwischen einem rechtsextremen und einem linksextremen Diktator so gut wie nie thematisiert. Vor allem das Zusatzprotokoll und der Grenzvertrag blieben tabuisiert. Kam man nicht umhin, ihn anzusprechen, wurde der Pakt in ähnlicher Weise gerechtfertigt, wie es Alexander Gauland am 9. Juni 2021 im Bundestag tat: Stalin habe doch nur die Sowjetunion (ein Völkergefängnis) schützen wollen – als hätte er keine weiteren imperialen Absichten gehegt. In der SED-Lesart habe es sich um ein übliches "Friedensabkommen" gehandelt.

Gauland betont in dieser Rede, dass Stalin "realpolitisch" betrachtet keine andere Wahl gehabt habe und deswegen richtig entschied. Weil Polen keine sowjetischen Truppen auf seinem Territorium dulden wollte, sei Stalin nur die Option des "Teufelpaktes" geblieben, die der Sowjetunion "eine kurze Zeit erkaufte", um damit "gegen den deutschen Angriff besser gewappnet zu sein".

Dabei erwähnt Gauland nicht, wieso Polen eine militärische Besatzungsmacht UdSSR ablehnte und er ignoriert das Zusatzprotokoll, das das Schicksal Polens und der baltischen Länder besiegelte. In der Argumentation Gaulands hätte erst das Verhalten Polens den Pakt für Stalin alternativlos gemacht – Polen würde damit absurderweise mitverantwortlich für den folgenden Vernichtungskrieg sein. Vergleiche: https://dbtg.tv/cvid/7526271

Einer solchen Geschichtsklitterung, die Osteuropäer und Ostmitteleuropäer brüskiert und verletzt, muss entschieden widersprochen werden. Gauland reproduziert damit ein ideologisches, die Rolle der Sowjetunion verklärendes Geschichtsbild, aber keine historischen Tatsachen.

Wir denken, dass die unvergleichlich große Schuld, die Deutschland auf sich geladen hat, nicht relativiert wird, wenn man die Rolle Stalins unvoreingenommen und faktengestützt bewertet.

## Anzeige

Aus einer ahistorischen
Betrachtung, die sich – politischen
Interessen folgend – der russischen
Regierung unter dem ehemaligen
KGB-Offizier Putin andienen will,
kann kein verantwortungsvoller
Umgang mit Geschichte und kein
vertrauensvoller und
zukunftsweisender Dialog mit
unseren europäischen Nachbarn
entstehen.

Bisher ist uns in der Bundesrepublik kaum eine kritische Reaktion auf diese Rede bekannt – weder seitens der Medien, noch seitens der Parlamentarier oder der Bundesregierung.

Unterstützt von

Karl-Heinz Baum, Heiligensee
Andreas Bertram, Königshain
Heidi Bohley, Dresden
Tim Bohse, Berlin
Dr. Martin Böttger, Zwickau
Uwe-Eckart Böttger, Dresden
Roland Brauckmann, Dresden
Max Dehmel, Berlin
Christian Dietrich, Klettbach
Dr. Hans Friedel Fischer, Vilnius / Leipzig
Lorenz Görig, Potsdam
Joachim Goertz, Berlin

Steffen Gresch, Karlsruhe

Robert Hagen, München

Dr. Christian Halbrock, Berlin

Kerstin Halbrock, Berlin

Marion Hahn, Ennepetal

Gerold Hildebrand, Berlin

Matthias Hinkel, Leipzig

Wolfram Hülsemann, Berlin

Almut Ilsen, Berlin

Werner Imhof, Mikulášovice

Gunter Jähnig, Leipzig

Günter Jeschonnek, Berlin

Michael Kleim, Gera

Freya Klier, Berlin

Oliver Kloss, Leipzig

Harald Kralik, Saalfeld/Saale

Anne Kupke, Halle/Saale

Hans-Joachim Laesicke, Oranienburg

Rainer Müller, Leipzig

Dr. Ehrhart Neubert, Limlingerode/Thür.

Hildigund Neubert, Limlingerode/Thür.

Bernd Oehler, Meißen

Frank Pörner, Leipzig

Eva Quistorp, Berlin

Hartmut Richter, Berlin

Katharina Richter, Berlin

Hartmut Rüffert, Frohburg

Werner Schulz, Berlin

Dr. Eberhard Seidel, Berlin

Jutta Seidel, Gräben

Andreas Schönfelder, Großhennersdorf

Hansjürg Schößler, Berlin

Wolfgang Templin, Berlin

Florian Tuczek, Leipzig

Rolf-Michael Turek, Leipzig

Bettina Wegner, Berlin

Claudia Wegner, Berlin

Gert Weisskirchen, Wiesloch-Baiertal

Gunter Weißgerber, Grimma

\_\_\_\_\_

## Zum Hintergrund siehe:

https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-devereinbarte-debatte-843382

https://polandin.com/54295134/poland-protests-against-german-mps-statement-on-molotovribbentrop-pact

https://www.gov.pl/web/deutschland/mitteilung-der-botschaft-der-republik-polen-ber-die-worte-alexander-gaulands-vor-dem-deutschen-bundestag-am-9-juni-2021

https://mobile.twitter.com/PileckiInstitut/status/1402693627906867200

https://www.auswaertigesamt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz/2465758